



**LEITANTRAG**  
**des Landesvorstandes der Europa-Union Bayern e.V.**

vorgelegt anlässlich der 59. Landesversammlung der Europa-Union Bayern e.V.  
am 18. und 19. Juni 2010 in Straubing  
„Ein starkes und einiges Europa: Garant unserer Zukunft“

1 Unter voller Wahrung ihrer geistigen, politischen und organisatorischen Unabhängigkeit ist die  
2 Europa-Union bestrebt, die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, die Parlamente und die  
3 Regierungen für die föderative und demokratisch-rechtstaatliche Vereinigung der europäischen  
4 Völker zu gewinnen sowie den Zusammenhalt der europäischen Völker und den Frieden in Euro-  
5 pa zu bewahren.

6 Nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hat sich gezeigt, dass die Grundfeste unserer grö-  
7 ßeren Heimat Europa nicht so stabil stehen, wie wir es uns vielleicht erhofft hatten. Die unzurei-  
8 chende Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte, die Missachtung der Regeln des Stabili-  
9 täts- und Wachstumspaktes durch einige Mitgliedsstaaten und geschönte Budgetstatistiken haben  
10 ebenso wie die mangelhafte Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der EU-  
11 Mitgliedsstaaten dazu beigetragen, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu verschärfen und die Euro-  
12 krise herbeizuführen.

13 Nationale Lösungen und das Pochen auf eine uneingeschränkte nationale Souveränität können  
14 dabei nur wenig zur Beilegung einer Krise dieser Dimension beitragen. In diesen schwierigen Zei-  
15 ten geht es daher darum, gemeinsam Verantwortung für den inneren Zusammenhalt, die Hand-  
16 lungsfähigkeit und die Zukunft Europas zu übernehmen. Unumgänglich sind dabei gemeinsame  
17 Strategien, mit denen die europäischen Grundsätze gestärkt und langfristige Ziele ins Auge gefasst  
18 werden.

19 Die Europa-Union warnt davor, aus der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Krise des Selbstver-  
20 ständnisses und der Zielorientierung Europas entstehen zu lassen. Mit Blick auf die Geschichte der  
21 europäischen Integration fordert die Europa-Union daher ein einheitliches, engagiertes, transpa-  
22 rentes und vom Geiste der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Solidarität getragenes Vorge-

23 hen der politischen Akteure unter Rücksichtnahme auf den Zusammenhalt Europas und seiner  
24 Bürger.

25 Neben der Stabilität des europäischen Binnenmarktes erfordern auch die Wettbewerbsfähigkeit  
26 der Europäischen Union auf dem Weltmarkt, die notwendige Konsolidierung und langfristige  
27 Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und vor allem die Verantwortung gegenüber den kom-  
28 menden Generationen eine gemeinsame Koordinierung der nationalen Reaktionen und Politiken.  
29 Dabei sollten die einzuleitenden Reformen auch Transparenz und Verantwortungsbewusstsein  
30 schaffen.

31 Die Europa-Union begrüßt daher die von den Regierungen der Mitgliedsstaaten gewonnene Er-  
32 kenntnis der Notwendigkeit einer gemeinsam koordinierten Wirtschaftspolitik und eines integrier-  
33 ten Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte. Zugleich erwartet die Europa-Union, dass Kommis-  
34 sion, Rat der Europäischen Union und Europäischer Rat das Europäische Parlament – die direkt  
35 legitimierte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Europas – als gleichberechtigten Partner mit  
36 einbeziehen. Dies gilt insbesondere auch bei der Erstellung verschärfter Regeln für den Stabilitäts-  
37 und Wachstumspakt, weiterer Maßnahmen und Strukturreformen zur Stabilisierung der europäi-  
38 schen Wirtschaft, der gemeinsamen Währung oder auch einzelner Mitgliedsstaaten. Ebenso müs-  
39 sen die nationalen Parlamente in den Entscheidungsprozess mit eingebunden werden und ihre  
40 Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Die Parlamente, als Bindeglied zwischen dem institutionellen  
41 Rahmen und den Bürgern, können dafür Sorge tragen, dass die zu treffenden wegweisenden Ent-  
42 scheidungen auch am Wohlergehen der Bürger orientiert sind und in einer breiten Öffentlichkeit  
43 kommuniziert werden.

44 Die Krise bietet die Chance, Europa einen großen Schritt vorwärts zu bringen und die Distanz der  
45 Bürger zur europäischen Ebene zu verringern. Voraussetzung hierfür ist aber auch, dass die Poli-  
46 tik die Impulse aus der Bevölkerung aufgreift und die Bürger verstärkt an der Weiterführung des  
47 europäischen Projektes beteiligt. Dabei möchte die Europa-Union als größte pro-europäische Or-  
48 ganisation der Zivilgesellschaft aktiv mitwirken.